Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu "Handeln statt verbieten: "Allianz für die Ostsee" statt Nationalpark" (Drucksache 20/1367)

Konsultationsprozess muss zu einem besseren Schutz der Ostsee führen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekräftigt das Ziel, den Meeresschutz in der schleswig-holsteinischen Ostsee zu verbessern. Nach wie vor ist die Ostsee zu hohen Belastungen durch beispielsweise Erwärmung, Nähr- und Schadstoffeinträge, Müll, Munitionsaltlasten sowie Lärm ausgesetzt. Mit Blick auf den aktuell schlechten ökologischen Zustand der Ostsee reichen die bisherigen Anstrengungen zum Meeresschutz nicht aus.

In Schleswig-Holstein bestehen mit der Fischerei, der Schifffahrt, der Gewinnung von Ressourcen, der Anbindung von Offshore-Windparks, dem Küstenschutz, dem Tourismus und der Erholung vielfältige Nutzungsinteressen, die zum Teil den Naturschutzinteressen gegenüberstehen. Diesen Zielkonflikt gilt es zu lösen. Ausgehend von den bereits bestehenden Schutzgebieten wollen wir den effektiven Schutz für Arten und Lebensräume stärken.

Der Landtag begrüßt, dass in diesem Jahr ein breit angelegter Meinungsaustausch über die mögliche Errichtung eines Nationalparks Ostsee mit der Öffentlichkeit und den Beteiligten aus Landwirtschaft, Tourismus, Fischerei, Wassersport, Kommunen, Naturschutz und Wirtschaft stattfindet. Nach Auffassung des Landtages hat dieser ergebnisoffene Konsultationsprozess dazu beigetragen, das Bewusstsein über den schlechten ökologischen Zustand der Ostsee zu schärfen und die Bereitschaft für zusätzliche Meeresschutzmaßnahmen zu erhöhen.

Im Anschluss an die bis Mitte September abgeschlossenen Fachworkshops gilt es nunmehr, die fachlichen Einzelergebnisse im Rahmen des für Anfang November geplanten "Verzahnungsworkshops" zusammenzuführen. Im Anschluss daran ist von der Landesregierung beabsichtigt, zeitnah einen Vorschlag vorzulegen, in welcher Form ein Nationalpark Ostsee auf den Weg gebracht werden soll, oder ob es andere, besser geeignete Maßnahmen für einen verstärkten Schutz der Ostsee gibt. Der Landtag unterstützt die Landesregierung bei dieser weiteren Vorgehensweise und wird im Anschluss den Vorschlag final beraten.

Cornelia Schmachtenberg und Fraktion

Silke Backsen und Fraktion